
Für Sie in Berlin!

**Markus Grübel MdB berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche

- 1. Fortführung des Afghanistan-Mandats!**
- 2. Bundeswehreinsatz im Mittelmeer verlängert**
- 3. Mehr europäische Solidarität in der Flüchtlingskrise!**
- 4. Weihnachtsfeier mit meinen Mitarbeitern**
- 5. Weihnachtsgrüße**

1. Fortführung des Afghanistan-Mandats!

In dieser Sitzungswoche stimmten wir über den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz in Afghanistan bis zum 31. Dezember 2016 fortzusetzen, in namentlicher Abstimmung ab.

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist weiterhin sehr angespannt. Daher ist ein Rückzug in der gegenwärtigen Situation nicht verantwortbar. Wir können uns in der angespannten Lage nicht an starren Leitplänen festhal-

ten. Der ursprüngliche Nato-Plan war ehrgeizig, aber zu schnell! Der Schwerpunkt unseres Einsatzes wird auch weiterhin in der Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Streitkräfte liegen.

Eine Beteiligung unserer Soldaten an Kampfeinsätzen sowie eine Beteiligung an der Terror- und Drogenbekämpfung ist nicht vorgesehen, der Kampfeinsatz in konkreten Bedrohungssituationen ist aber möglich. Die Personalobergrenze wollen wir von derzeit 850 auf 980 Soldaten erhöhen.

2. Bundeswehreinsatz im Mittelmeer verlängert

Die Bundeswehr wird sich auch weiterhin an der Nato-geführten Operation „Active Endeavour“ (OAE) im Mittelmeer beteiligen. Der Bundestag sprach sich an diesem Donnerstag in namentlicher Abstimmung für einen dahingehenden Antrag der Bundesregierung aus. 467 Abgeordnete stimmten mit Ja, bei 133 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Anders als bislang wird das Mandat aber nicht um zwölf Monate verlängert, sondern lediglich bis zum 15. Juli 2016, da bis zum NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 die Weiterentwicklung von OAE zu einer Maritimen Sicherheitsoperation angestrebt wird, wie die Regierung in ihrem Antrag schreibt. Derzeit dient noch immer der als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 ausgerufene Bündnisfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrages als Grundlage des Einsatzes, was von allen Fraktionen während der Debatte kritisiert wurde. OAE war als Reaktion auf den 11. September zweifellos angemessen. Es ist weder zu einem terroristischen Angriff im Mittelmeer gekommen noch ist aus der abstrakten Bedrohungslage eine akute Bedrohung geworden. Richtig ist aber auch, dass sich die Lage im Mittelmeer seit 2001 verändert habe. Daher wollen wir schon seit 2012 eine Weiterentwicklung des Einsatzprofils zu einer umfassenden maritimen Sicherheitsoperation und die Loslösung von Artikel 5.

3. Mehr europäische Solidarität in der Flüchtlingskrise!

Die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im parlamentarischen Jahr 2015 stand ganz im Zeichen der anhaltenden Migrations- und Flüchtlingskrise. Gleich zu Beginn der Woche setzte der 28. Parteitag der CDU Deutschlands ein klares und starkes Signal der Geschlossenheit und der Einheit und beschloss mit überwältigender Mehrheit die **„Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“**, mit der die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge spürbar reduziert werden soll.

In ihrer Regierungserklärung an diesem Mittwoch zum Europäischen Rat, der am Donnerstag und Freitag in Brüssel tagte, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, angesichts der globalen Herausforderungen – darunter die Flüchtlingskrise und der islamistische Terror – dürfe Europa nicht der Versuchung erliegen, in nationalstaatliches Handeln zurückzufallen. Sie rief die Europäische Union zu Kompromissfähigkeit und Solidarität auf und äußerte auch die Hoffnung, dass es gelingen werde, Großbritannien in der Europäischen Union zu halten.

„Abschottung ist im 21. Jahrhundert keine vernünftige Option“, sagte Merkel. Keinem EU-Land könne es alleine gelingen, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten,

den Terrorismus zu besiegen oder den Klimawandel aufzuhalten, sagte sie.

Dieser Aussage kann ich mich nur anschließen! Sie richtet sich vor allem an einige neuere europäische Mitgliedstaaten, die gegenwärtig nur wenig Bereitschaft zeigen, ihren Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zu leisten. Es ist nicht akzeptabel, dass beispielsweise die Slowakei vor dem Europäischen Gerichtshof dagegen klagt, Flüchtlinge aus anderen EU-Mitgliedstaaten aufnehmen zu müssen.

In der Flüchtlingskrise brauchen wir Antworten auf europäischer und internationaler Ebene. Wir brauchen einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen sowie einen dauerhaften und verbindlichen Mechanismus für die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU. Gerade letzteres ist elementar für die europäische Solidarität

4. Weihnachtsfeier mit meinen Mitarbeitern

Trotz der aktuell hitzigen Zeit im Bundestag ließ ich es mir nicht nehmen, mit meinen Mitarbeitern in Berlin eine kleine Weihnachtsfeier zu feiern. Mit militärischer Genauigkeit wurden dabei die Ergebnisse beim Eisstockschießen ausgewertet, bevor wir den Abend auf dem Weihnachtsmarkt ausklingen ließen.



5. Weihnachtsgrüße

Ich wünsche allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für 2016! Das vergangene Jahr hat uns viel abgefordert und auch im neuen Jahr stehen große Herausforderungen vor uns! Deswegen meine ich: „*Net schwätza, schaffe*“.

